

Protokoll Nr. 17 (2019-2023)

der öffentlichen Sitzung des Beirats Vahr am 18.05.2021 – als Videokonferenz

Beginn: 19:30 Uhr

Ende: 21:50 Uhr

Anwesend waren:

- | | | |
|----------------|--|---|
| a) vom Beirat | Hermann Assmann
Eva Früh
Dr. Tim Haga
Margret Kößling-Schumann
Ulrich Maas
Oliver Saake
Bernd Siegel
Helmut Weigelt | Jens Emigholz
Heinz Gerkmann
Petra Hoya
Kathrin Lammel
Eva Mahlert
Jörg Schoolmann
Nikolai Simson |
| b) vom Ortsamt | Sarai Auras
Dr. Karin Mathes | |
| c) Gäste | Stefan Dierks (Bauressort)
Dirk Stöver (Quartiersmanager) | |

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt genehmigt.

Das Protokoll Nr. 16 der Beiratssitzung am 20.04.2021 wird ebenfalls genehmigt.

TOP 1: Anträge von Bürger*innen, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten

Mitteilungen aus dem Beirat

Herr Saake teilt mit, dass eine Anfrage an die Senatskanzlei ergeben habe, dass vom Regionalausschuss Galopprennbahn gefasste Beschlüsse nicht verbindlich seien. Da das Rennbahngelände vollständig im Stadtteil Hemelingen liege, müssten das Gebiet betreffende Beschlüsse vom Beirat Hemelingen gefasst bzw. bekräftigt werden.

Frau Hoya teilt mit, dass sich die Parkplatzsituation in der Witzlebenstraße, seit Beendigung der dortigen Baustelle, erheblich verbessert habe.

Mitteilungen aus dem Ortsamt

Wie Frau Dr. Mathes mitteilt, werde der Umbau der Kreuzung Kurt-Schumacher-Allee/ Karl-Kautsky-Straße zur Erhöhung der Verkehrssicherheit im Juni 2021 realisiert.

TOP 2: Programm Wohnen in Nachbarschaften (WiN)

Herr Stöver stellt sechs Projektanträge aus dem Programm „Wohnen in Nachbarschaften“ (WiN) vor.¹

Der Beirat nimmt zustimmend Kenntnis.

TOP 3: Information zum B-Plan 2518 „Konrad-Adenauer-Allee/ Ostpreußische Straße“

¹ Eine Beschreibung dieser Projekte ist dem Protokoll als **Anlage 1** angefügt.

Frau Dr. Mathes macht einleitend darauf aufmerksam, dass es sich heute lediglich um eine erste Information und nicht um die erforderliche Beteiligung des Beirats als Träger öffentlicher Belange handele. Diese werde zu einem späteren Zeitpunkt, nach dem Planaufstellungsbeschluss der Bau-Deputation, erfolgen. Die Einwohnerversammlung, als erster Schritt im Rahmen der Bauleitplanung, habe am 29.04.2021 stattgefunden.²

Herr Dierks stellt anhand einer Präsentation die Inhalte und den Planungsstand zum Bebauungsplan (B-Plan) 2518, den städtebaulichen Entwurf sowie den Ablauf des B-Planverfahrens dar³:

- Die planungsrechtlichen Grundlagen bildeten zum einen der Flächennutzungsplan, in dem die betreffende Fläche als Wohnbaufläche dargestellt sei, sowie zum anderen der B-Plan 1118 von 1977, in dem Kleingärten, eine öffentliche Grünfläche sowie eine Gärtnerei festgesetzt seien (Folie 4). Um eine Wohnbebauung auf der entsprechenden Fläche realisieren zu können, sei die Aufstellung eines neuen B-Plans erforderlich.
- Der Aufstellungsbeschluss für den B-Plan 2518 sei vor zwei Jahren gefasst und der Geltungsbereich seitdem geringfügig erweitert worden (Folie 6).
- Das neue Wohnquartier solle als Klimaschutzsiedlung zertifiziert werden, die sich durch besondere Anforderungen auszeichne, wie u.a. einen geringen CO₂-Ausstoß und einen effizienten Umgang mit Bauflächen. Die bis zu 150 Wohneinheiten bestünden aus verschiedenen Wohnungstypen, einer Seniorenwohnanlage, einer Kindertagesstätte mit vier Gruppen und vielen Grünflächen (Folie 7).
- Als Ergebnis aus einem städtebaulichen Wettbewerbsverfahren (Mehrfachbeauftragung) sei der städtebauliche Entwurf vom Planungsbüro „De Zwarte Hond“ ausgewählt worden, das diesen gemeinsam mit dem Landschaftsarchitekturbüro „KRAFT.RAUM“ erstellt habe (Folie 8).
- In dem Quartier seien bis zu fünf Geschosse vorgesehen, wobei sich die höchsten Gebäude an der Konrad-Adenauer-Allee befänden. Um den gemeinschaftlichen Hofgarten seien verschiedene Gebäudetypen gruppiert: Geschosswohnungsbauten (gefördert und freifinanziert) und Townhouses (Reihenhäuser) (Folien 8 und 9).
- Das Quartier könne über zwei Anschlusspunkte mit dem Kfz erreicht werden: zum einen über den Stichweg an der Ecke Ostpreußische Straße/ Konrad-Adenauer-Allee, parallel zur Konrad-Adenauer-Allee verlaufend; zum anderen über den Gumbinnenweg, in den man über die Ostpreußische Straße gelange. Es sollten wenig Verkehre durch das Quartier geleitet werden (Folie 10). Vorgesehen seien zwei Carporthöfe für die Townhouses sowie drei Tiefgaragen für die Geschosswohnungsbauten.
- Im Zuge der Einwohnerversammlung bzw. frühzeitigen Beteiligung der Bürger*innen hätten sich einige Themen ergeben, die noch weiter geprüft würden (Folie 13):
 - Es sei von zusätzlichen Verkehrsbelastungen auszugehen, aber eine erste Verkehrsuntersuchung habe ergeben, dass der zusätzliche Verkehr aufgenommen werden könne. Eine umfangreiche Erschließungsplanung werde folgen. Zur Minimierung der Verkehre werde ein Mobilitätskonzept erstellt und in diesem Zuge z.B. eine Car-Sharing-Station geschaffen.
 - Ein Baumgutachten sei erstellt worden. Es werde noch eine ergänzende Begutachtung der Nadelbäume erfolgen, u.a. der Zedern. Der Erhalt vier geschützter Bäume sei möglich. Zudem seien ein Ausgleich des Waldes an anderer Stelle und Neuanpflanzungen im Plangebiet vorgesehen.
 - Die Befahrbarkeit des Gumbinnenwegs für Kleingärtner*innen werde noch geprüft, stehe jedoch dem Ziel eines autoarmen Quartiers entgegen.
 - Bzgl. der Gebäudehöhen würden in Einzelfällen die üblichen Obergrenzen nicht eingehalten – die Gebäudehöhen würden jedoch in der Gesamtbetrachtung des Plangebiets ausgeglichen, sodass es in der Gesamtbilanz als verträglich gelte.
 - Ein Entwässerungskonzept werde noch erstellt.

² Das Protokoll der Einwohnerversammlung kann abgerufen werden unter [Protokoll](#) mit der dazugehörigen Anlage: [Präsentation](#).

³ Die Präsentation ist dem Protokoll als **Anlage 2** angefügt.

- Die frühzeitige Trägerbeteiligung und Einwohnerversammlung hätten stattgefunden. In der derzeitigen Phase würden alle Belange gesammelt. Nach Ausarbeitung des B-Plans 2518, u.a. mit zeichnerischen und textlichen Festsetzungen und der Begründung, würden die Unterlagen der zuständigen Bau-Deputation zum Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss vorgelegt. Dies werde zum 30.09.2021 angestrebt – dann erfolge die öffentliche Auslegung des B-Plans und es bestehe für die Bürger*innen die Möglichkeit, schriftlich Einwände zu formulieren. Diese würden geprüft und bei der Abwägung aller Belange berücksichtigt werden. Parallel dazu erfolge die Beteiligung der Behörden und des Beirats (Beteiligung der Träger öffentlicher Belange). Bei wesentlichen Planänderungen müsse dieses Verfahren wiederholt werden. Rechtskraft erlange der B-Plan durch die öffentliche Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses durch die Stadtbürgerschaft (Folie 14).

Herr Siegel hält die Planung für sehr überzeugend. Er bittet um einen möglichst konfliktfreien Umgang mit den Anwohner*innen und hofft, dass eine einvernehmliche Lösung mit den Kleingärtner*innen gefunden werden könne. Mögliche Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in der Ostpreußischen Straße müssten zu einem späteren Zeitpunkt gemeinsam mit dem Beirat Schwachhausen erörtert werden, da der nordwestliche Teil der Ostpreußischen Straße zum Stadtteil Schwachhausen gehöre.

Auf Nachfragen von Beiratsmitgliedern sowie Bürger*innen antwortet Herr Dierks wie folgt:

- Die geförderten Wohnungen (teilweise) in anderen Gebäuden vorzusehen – und nicht mit Ausrichtung zur Hauptstraße – sei schwierig umzusetzen. Herr Mosel begründet die Unterbringung der geförderten Wohnungen an der Straße mit einer städtebaulichen Logik, da hier eine höhere Bebauung vorgesehen sei und dadurch ausreichend Platz für die mindestens 40 bis 45 vorgesehenen geförderten Wohneinheiten bestehe. Diese sollten in einem Gebäude untergebracht sein.
- Bei der in 2019 benannten Anzahl von insgesamt 80 Wohneinheiten handele es sich um einen Schätzwert, der anhand der bestehenden Fläche vorgenommen worden sei. Mit dem städtebaulichen Entwurf habe sich eine erhöhte Anzahl von 150 bis 180 Wohneinheiten, u.a. aufgrund der Seniorenwohnanlage, ergeben.
- Bzgl. der Anzahl an Kita-Plätzen sei eine Bedarfsabfrage bei der Senatorin für Kinder und Bildung durchgeführt worden, wobei neben dem geplanten Neubauquartier auch der Einzugsbereich berücksichtigt worden sei.
- Bezugnehmend auf die Verkehrsplanung ließen die ersten gutachterlichen Betrachtungen darauf schließen, dass der zunehmende Verkehr in den vorhandenen Straßenzügen ausreichend aufgenommen werden könne. Das abschließende Ergebnis stehe noch aus. Es müsse nun zunächst das Ergebnis des Verkehrsgutachtens abgewartet werden. Auch zur Berücksichtigung verkehrsberuhigender Maßnahmen in der Ostpreußischen Straße könne noch keine Aussage getroffen werden. In dem Verkehrsgutachten werde der Ist-Zustand dargestellt sowie die zu erwartenden Auswirkungen nach Umsetzung der Planung, es würden der ruhende Verkehr, eine sichere Verkehrsführung, ein Mobilitätskonzept etc. berücksichtigt.
- Bzgl. einer Umgestaltung der Verkehrsführung der Konrad-Adenauer-Allee sowie des vorgesehenen Baus einer neuen barrierefreien Haltestelle Barbarossastraße befänden sie sich mit den zuständigen Behörden im Austausch.
- Parallel zur Konrad-Adenauer-Allee sei eine Fahrradpremiumroute geplant.
- Die gemäß Baumschutz-Verordnung zu schützenden Bäume blieben erhalten. Zum jetzigen Zeitpunkt könne noch keine Aussage getroffen werden, wie viele Bäume sich im Planungsgebiet nachpflanzen ließen. Die Nachpflanzungen würden aber – dort, wo es möglich sei – im Wohnquartier vorgenommen.
- Auch an der Konrad-Adenauer-Allee seien Baumpflanzungen vorgesehen, allerdings müsse noch geprüft werden, wie viele Pflanzungen dort aus Platzgründen möglich seien, u.a. aufgrund der sich dort befindenden Straßenbahnoberleitung.
- Der Wald werde an anderer Stelle in Bremen aufgeforstet. Es würden in der Regel Bäume nachgepflanzt, die auch eine bestimmte Größe entwickeln könnten.

- Es erfolge zwar eine Flächenversiegelung, dieser Eingriff werde jedoch möglichst klimaschonend und unter Abwägung aller Belange (Schaffung von Wohnraum, Kita-Plätzen etc.) vorgenommen. An eine Klimaschutzsiedlung seien besondere Anforderungen geknüpft, z.B. hinsichtlich der zu verwendenden Baustoffe und der Berücksichtigung möglichst vieler Freiflächen.
- Es gebe kaum bereits versiegelte Flächen, die für Neubauvorhaben genutzt werden könnten, v.a. nicht in diesem Umfang. Ein Vorteil hier bestehe zudem in der vorhandenen, guten Infrastruktur.
- Ggfs. müsse in Teilbereichen eine zeitlich befristete Grundwasserabsenkung vorgenommen werden. Herr Mosel ergänzt, dass möglicherweise in der Nähe der Tiefgaragen eine Grundwasserabsenkung erforderlich sei, es sich hierbei aber um ein gängiges Verfahren handle. Im Falle einer Grundwasserabsenkung würde vorher eine Beweissicherung in den umliegenden Gebäuden vorgenommen, um den Stand vorher und nachher zu dokumentieren. Dazu würden Sachverständige eingesetzt, die genau festlegten, welche Häuser betroffen seien könnten.

Frau Dr. Mathes stellt auf eine entsprechende Nachfrage klar, dass Hauswurfsendungen mit dem Hinweis auf Einwohnerversammlungen nicht gesetzlich vorgeschrieben seien und das Ortsamt die Anwohner*innen freiwillig hierüber auf diesem Wege zusätzlich informiere. Gesetzlich vorgeschrieben sei eine amtliche Bekanntmachung, die im Weser Kurier für Gesamtbremen veröffentlicht wurde.

TOP 4: Antrag: Die Vahr wird zum Solarstadtteil

Frau Lammel stellt den interfraktionellen Antrag vor:⁴ Demnach fordere der Beirat Vahr den Senat der Freien Hansestadt Bremen auf, noch im Jahr 2021 Flächen auf öffentlichen Gebäuden in der Vahr zu identifizieren, welche für Photovoltaik-Anlagen (PV-Anlagen) geeignet sind. Zudem bitte der Beirat Vahr die Gewoba, als größte Immobilieneigentümerin in der Vahr, Flächen auf eigenen Gebäuden zu identifizieren, welche für PV-Anlagen geeignet sind. Der Beirat Vahr begrüße es sehr, wenn die Gewoba weitere PV-Anlagen auf den Gebäuden in ihrem Bestand errichtet.

Herr Simson bittet um die Ergänzung, dass die Gewoba um eine für die Mieter*innen kostenneutrale Realisierung gebeten werde, sollte es zu einer Errichtung von PV-Anlagen kommen.

Frau Kurzhöfer erläutert dazu, dass eine kostenneutrale Realisierung davon abhängen würde, ob es sich bei der Anschaffung von PV-Anlagen um umlagefähige Investitionen handle oder nicht. Handle es sich um einen Teil der technischen Ausstattung, seien die Kosten nicht umlagefähig. In der Regel kämen PV-Anlagen den Mieter*innen eher zu gute.

Frau Dr. Mathes lässt über den Antrag mit dieser Ergänzung abstimmen: Dieser wird einstimmig, bei einer Enthaltung, verabschiedet.⁵

TOP 5: Benennung von Wegeverbindungen

Frau Dr. Mathes teilt mit, dass der Weg von der Barbarossastraße zur Nordhauser Straße bisher über keinen Namen verfüge. Der Fachausschuss „Bau, Verkehr und Umwelt“ habe aus einer Vielzahl von Namensvorschlägen folgende Auswahl getroffen, über die es heute abzustimmen gelte: Mansfelder Sandweg, Sandweg, Gartenweg.⁶

Herr Saake erklärt, dass der Weg im Volksmund als Sandweg bezeichnet werde. Seiner Auffassung nach eigne sich die Bezeichnung Mansfelder Sandweg besonders gut, da sich der Zusatz „Mansfeld“ – eine Stadt in Sachsen-Anhalt – gut in die umliegenden Straßennamen einfüge. Herr Emigholz stimmt dem zu.

⁴ In der letzten Beiratssitzung wurden nähere Informationen zu dieser Thematik vorgestellt und erörtert, siehe [Protokoll Nr. 16](#) der Beiratssitzung am 20.04.2021. Der Antrag ist dem Protokoll als **Anlage 3** angefügt.

⁵ Frau Kößling-Schumann war bei dieser Abstimmung nicht anwesend.

⁶ Siehe [Protokoll Nr. 10](#) der Sitzung am 04.05.2021 sowie der dazugehörigen [Anlage 3c](#).

Frau Dr. Mathes lässt über diesen Vorschlag abstimmen: Der Beirat stimmt der Benennung des Weges in „Mansfelder Sandweg“ einstimmig zu.⁷

Weiter führt Frau Dr. Mathes aus, dass sich der Fachausschuss „Bau, Verkehr und Umwelt“ für die Benennung der Wegeverbindung im Grünzug von der Wilhelm-Leuschner-Straße zum Carl-Goerdeler-Park für Helene Weber (1881-1962) ausgesprochen habe.⁸ Da neu vorgenommene Benennungen vorrangig Frauen berücksichtigen sollten und da der Name zu den umliegenden Straßen passe, sei er geeignet. Die erforderliche Prüfung bei Benennungen nach Personen durch das Staatsarchiv sei erfolgt: Das Staatsarchiv wäre mit dieser Benennung einverstanden.

Herr Dr. Haga erläutert zu Helene Weber, dass sie an der Weimarer Verfassung mitgewirkt habe, eine der „Mütter des Grundgesetzes“ sei und im Parlamentarischen Rat den Art. 2 Abs. 2 GG „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ durchgesetzt habe.

Frau Dr. Mathes lässt über die Benennung des Weges in „Helene-Weber-Weg“ abstimmen: Der Beirat stimmt dem einstimmig zu.

Die Kosten für die entsprechenden Schilder seien gemäß Frau Dr. Mathes aus dem Stadtteilbudget zu tragen und beliefen sich auf etwa 360 € pro Stück, inklusive Folgekosten. Sie schlägt vor, über die Vergabe von bis zu 2.000 € aus dem Stadtteilbudget abzustimmen, da voraussichtlich vier bis fünf Schilder erforderlich seien.

Herr Dr. Haga finde es unangemessen, dass der Beirat selbst für die Kosten der Schilder aufkommen müsse.

Frau Dr. Mathes erläutert, dass das Amt für Straßen und Verkehr die Kosten trage, wenn es sich um neue Erschließungsstraßen handele. In diesen Fällen bestehe allerdings keine Notwendigkeit, die vorhandenen Wege zu bezeichnen. Die Zuständigkeit für Wegeverbindungen liege beim Umweltbetrieb Bremen, der jedoch über keinen Etat für die Anschaffung und Anbringung von entsprechenden Schildern verfüge.

Herr Saake regt an, für den Helene-Weber-Weg eine Legende mit Informationen zur Person zu ergänzen. Der Beirat befürwortet diesen Vorschlag.

Frau Dr. Mathes lässt abschließend über die Bereitstellung von bis zu 2.000 € aus dem Stadtteilbudget für die Beschilderungen (inklusive Legenden für den Helene-Weber-Weg) abstimmen: Der Beirat stimmt dem einstimmig zu.

TOP 6: Verschiedenes

Herr Siegel, Herr Dr. Haga und Herr Saake bedanken sich ganz herzlich im Namen des Beirats bei Frau Dr. Mathes, die Mitte Juni 2021 in den Ruhestand eintreten wird, für die gute und langjährige Zusammenarbeit und wünschen ihr alles Gute.

Herr Siegel führt aus, dass sich durch ihren Einsatz zum Wohle des Stadtteils die Rahmenbedingungen in vielen Bereichen, wie Schulen, Kitas, Jugendeinrichtungen und Flüchtlingseinrichtungen, verbessert hätten. U.a. seien die finanzielle Absicherung der Verkehrsschule, die positive Entwicklung des Carl-Goerdeler-Parks, die Lichtsignalanlagen über die Richard-Boljahn-Allee in Höhe der Berliner Freiheit sowie die Bebauung an der Otto-Braun-Straße (Johanna-Kirchner-Weg) erreicht bzw. umgesetzt worden.

Viele der Teilnehmenden schließen sich den Danksagungen und Wünschen ihr Vorredner an.

Frau Dr. Mathes gibt den Dank zurück und betont, dass ihr die Arbeit in der Vahr viel Freude bereitet habe und v.a. auch das gute Netzwerk mit engagierten und am Gemeinwesen interessierten Vahrer*innen dazu beigetragen habe.

⁷ Frau Kößling-Schumann war bei dieser Abstimmung nicht anwesend.

⁸ Siehe [Protokoll Nr. 10](#) der Sitzung am 04.05.2021 sowie den dazugehörigen [Anlagen 3a](#) und [3b](#).

Sprecher

Sitzungsleitung

Protokoll

Siegel

Dr. Mathes

Auras